

Gemeinsame Erklärung der Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundestages, des Abgeordnetenhauses, der Bürgerschaften und Landtage sowie der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, 6. und 7. Dezember 2018, Bremen

Dauerhaft mehr Investieren in Bildung, Wohnen, Mobilität und digitale Infrastruktur – Sozialdemokratische Investitionspolitik in Bund, Ländern und Kommunen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sorgen auf allen staatlichen Ebenen für eine Stärkung der öffentlichen Investitionen in wirtschaftliche und soziale Infrastruktur. Wir sind die Investitionspartei in Deutschland. Damit sichern wir nicht nur die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Nur reiche Menschen können sich einen armen Staat leisten. Menschen mit geringen und mittleren Einkommen sind dagegen auf eine gut ausgestattete öffentliche Infrastruktur angewiesen, auf gute Kitas und Schulen, geförderten Wohnraum, eine funktionierende öffentliche Verkehrsinfrastruktur und eine gut ausgebaute und leistungsfähige digitale Infrastruktur. Fehlende Investitionen dagegen verschärfen die soziale Spaltung.

Auskömmliche, dauerhafte öffentliche Investitionen sind deswegen nicht nur eine Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche, sondern auch für eine sozial gerechte Entwicklung in allen Regionen. Wir wollen eine Investitionspolitik in Bund, Land und Kommunen, die gute und gleichwertige Lebensverhältnisse ebenso wie Zukunftsfähigkeit in ganz Deutschland sichert, den Strukturwandel aktiv gestaltet und hilft, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen. Dieser Aufgabe stellen wir uns gemeinsam in Bund, Ländern und Kommunen. Da gilt auch für Europa: Wir brauchen einen Investitionshaushalt in Europa, um Wachstum anzukurbeln, wirtschaftliche Ungleichgewichte abzubauen und den Zusammenhalt Europas und der Eurozone noch weiter zu festigen. Für uns ist dabei klar: Investitionen in die Zukunft Europas sind letztlich immer auch Investitionen in eine gute Zukunft unseres Landes.

Die SPD hat für eine Investitionsoffensive gesorgt

Deutschland muss in den kommenden Jahren mehr als bisher in öffentliche Infrastruktur investieren. Deswegen sorgt die SPD dafür, dass Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen kontinuierlich ihre Investitionen steigern. Das war nach Jahren der Zurückhaltung dringend erforderlich, um die Infrastruktur zu sanieren und neue

Infrastrukturen zu schaffen. Durchschnittlich stiegen die Investitionen des Staates in den vergangenen Jahren um ca. 6 Prozent. Im Jahr 2017 waren das laut Statistischem Bundesamt rund 73 Milliarden Euro. Bund, Länder und Gemeinden tragen mit jeweils ca. einem Drittel dazu bei.

Insgesamt konnten die Mittel für Investitionen zwischen 2013 und 2017 um 45 Prozent erhöht werden. Durch die finanzielle Entlastung von Kommunen unter anderem bei der Kinderbetreuungsinfrastruktur, bei Investitionen in Schulen und Hochschulen oder im Städtebau um rund 26 Milliarden Euro im Zeitraum von 2013 bis 2018 unterstützt der Bund die Träger dabei, dass geplante Investitionsvorhaben umgesetzt werden können. Auch in die Verkehrsinfrastruktur, in erneuerbare Energien oder die Innovationsförderung wird deutlich mehr investiert. Dies wird in der laufenden Wahlperiode fortgesetzt. Zum Beispiel mit 5,5 Mrd. Euro für den „DigitalPakt“ Schule, der Erhöhung und Weiterführung des sozialen Wohnungsbaus mit 5 Mrd. Euro oder der Verdreifachung der Mittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur auf eine Milliarde Euro jährlich.

Die SPD hat dafür gesorgt, dass die Investitionen heute ein Rekordniveau erreicht haben, aber trotzdem gibt es weiterhin einen spürbaren Investitionsstau.

Der Investitionsbedarf ist vielerorts sichtbar und täglich erlebbar: Schlechte Straßen, sanierungsbedürftige Schulen und Verwaltungsgebäude, überlasteter öffentlicher Nahverkehr, schlechte Netzabdeckung oder fehlende Ladesäulen für Elektroautos.

Die SPD setzt sich über alle politischen Ebenen für eine gerechte und fortschrittliche Investitionspolitik ein: Überall in Deutschland müssen Schülerinnen und Schüler mit digitalen Arbeitsmitteln lernen können. Überall in Deutschland muss bezahlbarer Wohnraum vorhanden sein. Alle Teile Deutschlands brauchen einen funktionsfähigen öffentlichen Nahverkehr. Überall in Deutschland muss ein gebührenfreies Kita-Angebot möglich sein. Zur Erreichung dieser Ziele schafft die SPD zurzeit die Voraussetzungen: in Bund, Ländern und Kommunen. Wir begreifen die föderale Struktur unseres Staates nicht als Hindernis, sondern als Stärke: Indem wir auf allen Ebenen an den gleichen Zielen arbeiten und dafür sorgen, dass Bund, Länder und Kommunen bestmöglich miteinander kooperieren können.

Auch in Europa unterstützen wir Initiativen, die darauf abzielen, die öffentlichen und privaten Investitionen in Europa anzukurbeln. Dazu gehört eine Verstärkung des europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) genauso wie die Einführung

eines Eurozonen-Budgets, das insbesondere auch die wirtschaftliche und soziale Konvergenz in der Eurozone stärken muss. Zudem treten wir mit Blick auf die laufenden Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU dafür ein, dass der künftige EU-Haushalt auf hohem Niveau auf Wachstum, Investition und Innovation ausgerichtet wird, auch mit Blick auf Deutschland.

Die SPD-Fraktionen in Bund und Ländern setzen sich dafür ein, dass weitere Schritte zur Ankurbelung und Verstetigung der Investitionstätigkeit in Deutschland unternommen werden:

- Wir setzen uns gemeinsam dafür ein, dass das Gesetzgebungsverfahren zu den Grundgesetzänderungen schnellst möglich zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden. Die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden von Bund und Ländern hofft im nun anstehenden Vermittlungsverfahren auf eine konstruktive Lösung der aufgeworfenen Sachfragen und betont ihre Haltung, dass das föderale Miteinander von Ländern und Bund als Wesensmerkmal einer starken und lebendigen Demokratie in Deutschland gewahrt bleiben muss,
- Wir werden die Digitalisierung unserer Schulen mit dem Digitalpakt Schule vorantreiben. Bund und Länder werden mit 5,5 Mrd. Euro unter anderem die Ausstattung der Schulen mit W-LAN und digitalen Geräten fördern. Auch die Lehrerbildung mit digitalen Medien stärken wir. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag, dass Schülerinnen und Schüler bundesweit eine moderne digitale Bildung erhalten.
- Wir werden in Bund und Ländern dafür sorgen, dass öffentliche Investitionen in sozialen Wohnungsbau neben anderen Maßnahmen einen Beitrag zur Entspannung der Lage auf dem Wohnungsmarkt leisten. Da wo Sozialdemokraten regieren soll es zu dauerhaften Investitionen in den sozialen Wohnungsbau kommen. Durch die Änderung des Grundgesetzes kann der Bund den Ländern zukünftig dauerhaft und in gleichbleibender Höhe Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Insgesamt stehen alleine in dieser Wahlperiode von Bundesseite 5 Mrd. Euro dafür zur Verfügung. Diese Mittel wollen wir in vollem Umfang ausschöpfen und verstetigen. In den Ländern setzen wir uns

für eine Verstärkung und Verstetigung von Förderprogrammen insbesondere für Wohnraum mit langfristigen Bindungen ein.

- Wir werden mit den Grundgesetzänderungen dafür sorgen, dass die im Koalitionsvertrag vorgesehenen zusätzlichen Mittel zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs zügig in den Regionen eingesetzt werden können. Auch für die Bahn- und Autobahnstrecken von und zu den deutschen Seehäfen wollen wir Investitionen auflegen, um deren Hinterlandverbindungen zu verbessern.
- Wir setzen uns für eine Verabschiedung des Gute-Kita-Gesetzes in Bundestag und Bundesrat ein. Damit wollen wir die Voraussetzung dafür schaffen, dass die Länder und Kommunen mit Unterstützung des Bundes für mehr Qualität und weniger Gebühren sorgen können. Jedes Kind muss die gleichen Chancen auf gute Kinderbetreuung haben. Und alle Eltern müssen sich gute Kinderbetreuung leisten können. Wir werden in den Bundesländern darauf achten, dass die Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz fließen und so eingesetzt werden, dass alle Kinder eines Bundeslandes von Gebührenfreiheit und besserer Qualität profitieren werden.
- Wir werden den Wissenschaftsstandort Deutschland weiter stärken. Mit der Neuverhandlung des Hochschulpakts und des Pakts für Forschung und Innovation im kommenden Jahr bekräftigen wir die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern für gute Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Unser Ziel ist es den Hochschulpakt dauerhaft zu verstetigen, damit sich die Hochschulen auf einen Beitrag zur Grundfinanzierung durch den Bund verlassen können. Verstetigte Mittel sollen auch dazu führen, dass die hohe Zahl an befristeten Beschäftigungsverhältnissen an den Hochschulen zurückgeht.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ im kommenden Jahr Vorschläge für ein gesamtdeutsches Fördersystem zur Unterstützung strukturschwacher Regionen vorlegt und diese zügig umgesetzt werden. Eine bessere Verzahnung und Ausrichtung von Förderprogram-

men auf strukturschwache Regionen muss daran ansetzen regionalen Ungleichheiten entgegenzuwirken ohne die Vielfalt in unserem Land einzuschränken.

- Wir stellen fest, dass fehlende Planungskapazitäten zunehmen zu einem Investitionshindernis werden. Ein dauerhafter Ausbau von Planungskapazitäten muss die öffentliche Verwaltung in die Lage versetzt werden, Investitionsprojekte zügig umzusetzen. Um Planungen zu beschleunigen, brauchen wir eine frühere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den Verfahren vor Ort. Wir setzen uns dafür ein, die einzelnen Planungs- und Genehmigungsschritte besser aufeinander abzustimmen.
- Wir setzen uns für eine flächendeckende Abdeckung mit schnellem Mobilfunk (LTE und 5G) ein. Dazu brauchen die Unternehmen, die mit den Mobilfrequenzen Geld verdienen wollen, klare Auflagen. Mit der anstehenden Versteigerung wird beim Ausbau des schnellen Mobilfunks an Straßen, Schienenwegen und Wasserstraßen und der Versorgung der Haushalte einen wichtiger nächster Schritt getan. Wir erwarten von Bundesminister Andreas Scheuer, dass er zeitnah ein Gesamtkonzept zum Mobilfunknetzausbau erarbeitet. Darin muss deutlich gemacht werden, wie der Netzausbau gerade für den ländlichen Raum weiter ausgestaltet und wird. In Regionen mit wenigen Kunden muss die Öffnung der vorhandenen Mobilfunkmasten für andere Anbieter (lokales Roaming) angeordnet werden können.